

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Corona ruft zur Verantwortung: Folgen der Corona-Krise gut bewältigen und politische Fehlentwicklungen in der Wirtschaftspolitik rückgängig machen**

Der Landtag stellt fest:

Die Maßnahmen gegen die Corona-Krise stellen aktuell eine Bedrohung der Brandenburger Wirtschaft dar. Die durch die Landesregierung zur Begründung herangezogenen Befürchtungen haben sich bislang nicht bestätigt. Deshalb ist ein sofortiger Strategiewechsel zur Wiederbelebung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zwingend notwendig.

Der Landtag möge beschließen:

1. Kommunale Parlamente und der Landtag haben den parlamentarischen Regelbetrieb sofort wiederaufzunehmen;
2. Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Ladengeschäfte und Gaststätten sowie ambulante Dienstleistungen vor allem im Körperpflegebereich sind, bei eigenverantwortlichen Maßnahmen zur Abstandswahrung, Begrenzung von Kunden- und Teilnehmerzahlen und unter Verpflichtung zu entsprechenden Hygienemaßnahmen, mit sofortiger Wirkung wiederzueröffnen;
3. Auch Gewerbe- und Produktionsbetriebe dürfen vorbeugend eigene Schutzmaßnahmen ergreifen und ihren Betrieb wieder aufnehmen;
4. Es ist ein ausfinanzierter Hygieneplan für alle öffentlichen Einrichtungen, Verwaltungen und Landesinstitutionen auszuarbeiten. Finanzschwache Gemeinden und Kommunen sind hierbei zu unterstützen. Das Tragen von Atemschutzmasken soll nach arbeitsmedizinischen Erfordernissen oder auf freiwilliger Basis erfolgen.
5. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, Regelungen zu treffen, dass bei der Auszahlung von Kurzarbeitergeld auf die Abführung von Sozialbeiträgen zu verzichten ist;
6. Bei Privatinsolvenzen von Unternehmern, Selbständigen und Freiberuflern, die im Zuge staatlicher Anordnungen im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Krise drohen oder schon entstanden sind, muss unbürokratisch Soforthilfe gewährt werden und zwar nach der Richtlinie des Landes Brandenburg vom 24. März 2020;
7. Bewilligte Fördermittel müssen generell ausbezahlt werden. Förderungen für Gastspiele und Kultur sind auch für Netzangebote zu gewähren.

Begründung:

Die Menschen in Brandenburg haben in der jetzigen Situation berechtigte Sorgen und Existenzängste.

Wird das gesamte Wirtschaftsleben nicht umfassend in Gang gesetzt drohen katastrophale Auswirkungen, die nicht einfach durch staatliche Zahlungen und Steuerstundungen kompensiert werden können. Nur solvente Unternehmen und Menschen in Arbeit sorgen für Steueraufkommen nach der Krise, sie müssen in eine Zukunft schauen, die ihnen wieder Hoffnung und Zuversicht gibt.

Nach Zahlen der IHK spüren 90% aller Unternehmen bereits jetzt negative Auswirkungen der Corona-Krise. Innungen und Verbände mahnen übereinstimmend, jetzt die getroffenen Schutzmaßnahmen zu überdenken und diese stärker in die Selbstverantwortung der Betriebe zu überstellen.

Zudem ist es an der Politik, die angeordneten Maßnahmen durch Entbürokratisierung effektiv zu gestalten. Der Bürger soll nicht nur wissen, dass er seinem Staat vertrauen kann, sondern er soll eine vernünftige Politik mit Sachverstand erkennen und auch spüren können.